



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 34331 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/164 - 24. Juli 1952

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Unnötige Parteiräume Auftritt für den Dulles-Besuch	51
2 - 3	Neue politische Parteien in Frankreich Unerwartete Folgen der Parlamentsausschaltung	101
4 - 5	Abgang der kleinen Parteien Kommt es zu einer Kraft der Mitte ?	71
6	Klage der Studenten Bisherige Stipendien sind unzureichend	32

* * * * *

24. Juli 1958

Unnötige Parteinahme

sp - Bis zum Mittwoch dieser Woche hatte sich die Bundesregierung in der Beurteilung des Nahost-Konfliktes sehr zurückgehalten. Das war gut so. Deutsche Interessen wurden durch die anglo-amerikanische Intervention im Vorderen Orient nicht berührt und die neue irakische Regierung liess recht bald kundtun, es sei ihr an guten Beziehungen zu der Bundesrepublik gelegen. Die innere Auseinandersetzung in Libanon, die schliesslich den Anlass zum militärischen Eingreifen der Vereinigten Staaten bot, musste der Bundesregierung gleichgültig sein, denn auch hier standen und stehen deutsche Interessen nicht auf dem Spiel. Das Schicksal des Wüstenkönigs Hussein von Jordanien war und ist keine Frage, die eine offizielle Stellungnahme Bonns erfordert.

Die Zurückhaltung Bonns wurde in der arabischen Welt auch als wohlthuend empfunden. Das war bis Mittwoch der Fall. An diesem Tage bekannte sich die Bundesregierung zu der "Rechtmässigkeit" des anglo-amerikanischen Vorgehens im Nahen Osten. Nach ihrer Auffassung handele es sich nicht um Interventionen, die gegen irgend jemand gerichtet sind, sondern um eine Unterstützung für diejenigen Länder, "deren Unabhängigkeit ernstlich bedroht erschien und die um Hilfe baten". Hier hat Bonn einseitig und ohne zwingenden Grund Partei in einer Auseinandersetzung ergriffen, wo kluges Abwarten geboten schien. Stärker konnte Bonn seine bedingungslose Abhängigkeit von der amerikanischen Politik vor aller Welt nicht bekunden, es ordnete sich amerikanischen Interessen und Zielsetzungen unter.

Die Folgen für die Bundesrepublik in der arabischen Welt werden nicht ausbleiben. Hier wurde ein unnötiger und der deutschen Politik gewisse nicht dienlicher Konflikt mit den jungen Kräften des arabischen Nationalismus heraufbeschworen und das Kapital an Vertrauen und Ansehen, das wir in diesem Teil der Erde besitzen, leichtfertig vertan. Wer könnte es einem Nasser - der, wie immer auch die Entwicklung im Vorderen Orient verlaufen mag, als ein bestimmender Faktor in der Weltpolitik nicht mehr zu übersehen ist - verübeln, wenn er in der Bundesregierung die Stütze verhasster Regime sieht?

Die durch nichts gerechtfertigte einseitige Parteinahme Bonns ist wohl als eine freundliche Geste für den amerikanischen Aussenminister Dulles gedacht, der am kommenden Samstag zu einem Blitzbesuch in der Bundesrepublik eintreffen wird. Die bisherige und nun aufgegebene Musisierung der Bundesregierung im Nahost-Konflikt wurde in Washington überliefert. Ein zehn-Minuten-Gespräch des Bonner USA-Botschafters mit dem Bundeskanzler hat genügt, um den Versuch von Unparteilichkeit sofort wieder aufzugeben und in das Kielwasser Washingtons einzuschwenken ...

Was will Dulles in Bonn? Offensichtlich kommt es ihm sehr darauf an, die absolute NATO-Treue der Bundesrepublik bekräftigt zu sehen und erneut beweisen zu können, wie unerschütterlich die Zusammenarbeit aller NATO-Partner sei. Dulles braucht umso mehr eine solche Rückenstärkung, als es nun doch im Rahmen der UNO zu einem Gipfeltreffen mit Chruschtschow kommen wird, der seine Bereitschaft dazu in überraschend kurzer Zeit nach dem Schreiben Eisenhower erklärt hatte. Was hat jedoch die Bundesrepublik mit dem Konflikt im Libanon und Jordanien zu tun, Staaten, die nicht Mitglieder der NATO sind? Die Bundesrepublik kann durch den Dulles-Besuch mit in eine Auseinandersetzung verstrickt werden, die sie nichts angeht und in der sie nichts zu suchen hat, denn die Deutschlandfrage steht ja nicht auf der Tagesordnung dieses Treffens.

Neue politische Parteien in Frankreich

GS. - Paris

Mindestens fünf größere politische Parteien sind seit einem Monat in Frankreich gegründet worden. Die Ausschaltung des Parlaments hatte also unerwartete Folgen: nicht eine Verringerung, sondern eine Vermehrung der politischen Parteien. Die sechs großen Parteien und Strömungen (Kommunisten, Sozialisten, Radikale und andere bürgerliche Freisinnige, katholische Volksrepublikaner, Rechtsunabhängige und Poujadisten) mit ihren zahlreichen Unter- und Nebengruppen sind "eingeschlafen", ohne aber von der Bildfläche zu verschwinden, eine Reihe von neuen Bewegungen kommen jetzt dazu. Zum Teil wollen sie die alten Parteien ersetzen, zum Teil zusammenfassen. Alle diese Parteien, von den Rechtsradikalen bis zu den Kommunisten, erklären sich für die "Erneuerung der Republik"; selbstverständlich verbergen sich hinter diesen Schlagwort sehr verschiedene politische Absichten. Hier ein Überblick über die politischen Neugründungen:

1.) Die URF ("Union für die französische Erneuerung") wurde soeben als Nachfolgerorganisation der USRAF ("Union für das Heil und die Erneuerung Französisch-Algeriens") von Jacques Soustelle gegründet. Sie steht auf der äußersten Rechten und ist eine Kaderorganisation, gewinnt aber dadurch besondere Bedeutung, daß ihr Chef französischer Informationsminister ist und gegenwärtig das Pressewesen, den Rundfunk und das Filmwesen "koordiniert". (Noch weiter rechts befindet sich die extremistische "Rechtsopposition" gegen de Gaulle: die Poujadisten, und kleinere Gruppen, wie "Jeune Nation". Die "Revolutionär-Patriotische Partei" Biaggia ist nach ihrer Auflösung im Mai, nicht mehr wiedererstand. Als Nachfolge der "Phalangisten" wurde die rechtsradikale "Französische Volkspartei" gegründet. Die USRAF spielte in der Vorbereitung und Durchführung des Mai-Putsches in Algerien eine entscheidende Rolle. Die URF soll nun in Frankreich selbst die gleiche Mission erfüllen. Ihr Programm: "Wiedererrichtung" der französischen Nation im republikanischen Rahmen rund um General de Gaulle, "Wiedererrichtung der Republik und endgültige Beseitigung des Systems", Eingliederung Algeriens in das französische Mutterland, "soziale Gerechtigkeit und Würde" und "Groß-Frankreich".

2.) Nachdem die Initiative Georges Bidault, eine rechtstehende "Christliche Demokratie Frankreichs" zu gründen, von den christlichsozialen Volksrepublikanern (MRP) abgelehnt wurde, hat diese Partei nun selbst beschlossen, einen "Ausschuß für die christliche Demokratie" ins Leben zu rufen. Es gibt also gegenwärtig zwei neue "christlich-demokratische" Partei-Organisationen, die Bidaults, der den Kolonialauffassungen Soustelles sehr nahesteht, und die der MRP-Führung, der sich außer den führenden Volksrepublikanern Teilgen, Robert Schuman, Maurice Schumann und Francisque Gay, auch General Bétouart und Robert d'Harcourt von der Académie Française angeschlossen haben. In der programmatischen Erklärung dieser Bewegung heißt es: "Bekämpfung derjenigen, die sich des Namens de Gaulles bedienen wollen, um mit den demokratischen Freiheiten Schluß zu machen... Die Republik mit dem Volk und für des Volk... Gegen den Kolonialismus und Fanatismus... Für ein neues Algerien mit demokratischen und humanen Werken Frankreichs". Die Erklärung schließt mit einem "europäischen" und antikommunistischen Bekenntnis.

3.) Eine sehr aktive Rolle spielen die sogenannten "Linksgaulli-

sten" in dem neugegründeten "Zentrum der republikanischen Reform". Sie wollen de Gaulle "von links her" unterstützen. Ihre Führer sind der radikale Abgeordnete de Lipkowski, der liberale Oberst Barberot, Mitarbeiter des "Express", in dem auch François Mauriac eine "linksgaullistische" Position einnimmt, der frühere Chefredakteur des sozialistischen "Franc-Tireur" Georges Altman, die bekannten Schriftsteller Maurice Clavel und Jean-Pierre Giraudoux, schließlich der sozialistische Abgeordnete Paul Alduy. Der bekannte Rundfunkkommentator Professor Morazé, der jetzt regelmäßig zu den politischen Ereignissen spricht, richtet sich gleichfalls vorwiegend an die linksgaullistische französische Öffentlichkeit. Die Ernennung Soustelle zum Informationsminister wurde in diesen Kreisen "bedauert".

4.) 30 Abgeordnete und 60 Senatoren der bürgerlichen Radikalen und Linksrepublikaner beschlossen die Gründung einer neuen "Partei der linken Mitte". "Einheitspartei bedeutet Diktatur", heißt es in der Entschließung dieser Parlamentarier. Das kritische Zweiparteiensystem sei wohl vorteilhaft, aber in Frankreich nicht durchführbar, denn es gebe hier eine zu starke kommunistische Partei und außerdem verlange "das lateinische Temperament" ein Mehrparteiensystem.

5.) Die republikanische Linksoption hat sich als "nichtkommunistische antifaschistische Linke" in dem neuen "Bund der Demokratischen Kräfte" zusammengeschlossen: die Minderheit der SFIO mit André Philip, Edouard Depreux, Robert Verdier, die Radikalen mit Mendès-France, die Mehrheit der Widerstandsdemokraten mit Mitterrand, ein Teil der christlichen Gewerkschaften (Gruppe "Reconstruction"), ein Teil der CGT mit Le Brun, die Linksozialisten mit Bourdet, alle auf Veranlassung des Präsidenten der Liga für Menschenrechte Daniel Mayer. Die Schaffung einer Parti Travailleuse, einer französischen Labourparty, ein Vorschlag André Philips, Mendès-Frances und Mitterrands, wurde von den meisten Sozialisten und Gewerkschaftern abgelehnt, so daß nur der "Bund" zustandekam, dessen Aktionsprogramm sich in zwei Punkten zusammenfassen läßt: "Frieden in Algerien und Verteidigung der demokratischen Freiheiten".

Teile dieses neuen Bundes erwägen eine spätere Aktionseinheit mit den Kommunisten, die sich gegenwärtig auf eine geküßelte Propagandekampagne - Plakate und Flugblätter - beschränken, in welcher die Bevölkerung aufgefordert wird, bei dem Volksentscheid im Herbst mit "Nein" zu stimmen. Zu diesem Zweck ruft die KP zu einem "Zusammenschluß der Kommunisten, Sozialisten Radikalen und christlichen Demokraten". Ihre Opposition hält sich, im Zusammenhang mit der besonderen russischen Politik gegenüber de Gaulle, in "loyalen" Grenzen. Der Zweck dieser Taktik ist ein Druck auf die französische Außenpolitik, sich von den Westmächten zu lösen. Der KPF-Führer Léon Peix machte in diesem Sinn auf dem Parteitag am 19. Juli der Regierung den "Vorwurf", "wirklich noch sehr weit von einer Politik französischer Größe entfernt zu sein"; Frankreich könne "seine Größe erst wiederfinden", wenn es sich nicht mehr "dem Ausland unterwirft". Große Kreise der kommunistischen Mitgliedschaft finden diese Taktik ungeeignet und verlangen eine aktivere Haltung gegen die drohende Militärdiktatur. Sie veröffentlichten eine eigene Zeitschrift ("Voies Nouvelles", "Neue Wege"). Oppositionelle Intellektuelle und Arbeiter wurden deshalb in den letzten Wochen wieder ausgeschlossen und man erwartet, im Zusammenhang mit einer Erneuerung der sozialistischen Bewegung Frankreichs, Umschichtungen auch in der KPF.

Angesang der kleiner Parteien

W.P. Noch überzeugender als bei den Wahlen zum dritten deutschen Bundestag haben die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gezeigt, dass die Zeit der kleiner Parteien zu Ende ist. Bemerkenswert ist, dass sich diese Entwicklung gänzlich unbeeinflusst von irgendwelchen Hilfen des Gesetzgebers vollzogen hat. Denn die Wähler wenden sich von den kleiner Parteien trotz des geltenden Verhältniswahlrechts ab, das der Entwicklung kleiner Parteien entgegenkommt. Die einschränkende Bestimmung, die verhindern soll, dass Parteien mit weniger als 5 Prozent der Stimmen in den Parlamenten vertreten sind, kann nicht als ein echtes Hindernis angesehen werden. Da die Wahlbeteiligung sich nicht wesentlich verändert hat und die Zahl der ungültigen Stimmen nicht zunahm, wirkt sich das Verschwinden der kleiner Parteien in einem Anwachsen der beiden grossen Parteien aus, die zusammen bereits rund 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

Der unübersehbare Trend zum Zwei-Parteien-System, der sich hierin abzeichnet, stellt die kleinen Parteien immer zwingender vor die Frage nach einer Chance des Überlebens. Mancher Politiker und Parlamentarier kleiner Parteien hat für sich persönlich diese Frage bereits durch den Übertritt zu anderen Parteien entschieden. Bei der DP und dem Gesamtdeutschen Block / BHE zumal war in den vergangenen Monaten ein verstärktes Abwandern in Richtung auf andere Parteien zu verzeichnen, was zur weiteren Desorientierung ihrer Position führte.

Aber in jenen Kreisen, in denen sich ein selbständiges politisches Denken bisher erhalten konnte, ist man auf der Suche nach einer Konzeption der politischen Mitte und zum Teil einer Annäherung an die Alternative zur Adenauer-Politik, wie sie sich in der SPD findet. Darüber besteht, wie die Bündnisverhandlungen vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen gezeigt haben, allerdings noch wenig Klarheit. Es gibt immer noch viele Illusionen über die verbliebene Stärke, Bindungen an die politischen Vorstellungen geläufiger Wirtschaftskreise - die gelegentlich allein mit dem Geld weitgehend über Existenz oder Auflösung von Parteien bestimmen - und schliesslich gibt es Hoffnungen auf eine - gewisse ungewisse - Zukunft, die noch immer

eine entscheidende Neuorientierung verhindern.

Eines Tages jedenfalls werden die Reste der Parteien, soweit sie nicht von der CDU assimiliert worden sind, sich zusammenfinden müssen, wollen sie nicht gänzlich von der Bildfläche verschwinden. Dabei hat sich die FDP bisher die stärkste Position erhalten. Man sollte meinen, dass sie daraus auch die Aufgabe empfindet, die Konzentrationsbemühungen im Bereich der kleinen Parteien initiativ voranzutreiben. Auch hier aber findet man noch viel Voreingenommenheit und zum Teil Überheblichkeit, die einem Sichfinden entgegenstehen, so dass der Zwang zur Tat noch immer nicht recht erkannt worden zu sein scheint.

Immerhin vertritt die FDP einen modernen Liberalismus. Sie kann zur Verteidigung von Glaubens- und Gewissensfreiheit in einer manipulierten Massengesellschaft, bedroht von der Einparteienherrschaft der reaktionären CDU, eine echte Kraft sein und bleiben. Das spezifisch föderalistische Interesse der Deutschen Partei dagegen ist ebenso zum Verschwinden verdammt, wie das "Entrechteten"-Anliegen des BHE. Sie sind zudem mehrfach bereits verraten worden. Fordert doch die DP heute die von ihr so leidenschaftlich bekämpfte Errichtung einer Bundesfinanzverwaltung und eines Bundeskultusministeriums. Und die Vertriebenenführer von einst haben ihr Schäflein längst ins Trockene gebracht. Sie haben einträgliche Posten in Politik und Verwaltung gefunden.

Erfreulich hat sich die Zwei-Parteien-Entwicklung bei den Flügeln der radikalistischen Parteien ausgewirkt. Sie erhielten bei der letzten Wahl gerade 0,6 Prozent der Stimmen. Nach dem Verbot der KPD gibt es keine nennenswerte kommunistische Aktivität mehr. Die Rechtsradikalen schleppen sich mit Hoffen und Zagen von Wahl zu Wahl. Man wird sich wegen ihrer zunächst keinerlei Sorgen zu machen haben. Auch kommen sie für eine Sammlung der kleinen demokratischen Parteien nicht in Frage.

Nachdem es sich bei den Parteien, die zusammen kommen müssen, wenn sie in anderer Form weiterleben wollen, um demokratische Parteien handelt, bleibt die Frage zu beantworten, ob bei ihnen Einsicht, Klugheit und Weitsicht genug vorhanden sind, damit eine echte politische Kraft zwischen den beiden grossen Blöcken entstehen kann. In diesem Jahr werden noch vier Bundesländer wählen. Man wird dann vielleicht schon sehen, ob es einen Weg in die Zukunft gibt.

Klage der Studenten

mu. Mit der Studienförderung steht es in der Bundesrepublik nicht zum Besten. Das wurde aufs Neue bestätigt durch die 39. Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften, die in Kiel stattfand. Die Delegierten meldeten dort erneut ihre Forderungen an und übten offene Kritik an der Förderungspolitik der Bundesregierung.

Einmal wurde bedauert, dass im Bundeshaushalt nur 35 Millionen DM für Studienförderung nach dem "Honnefer Modell" eingesetzt worden sind. Die Deutsche Studentenschaft hatten 48 Millionen DM für erforderlich gehalten, zumal die von den Ländern zugesagten 8,5 Millionen DM nicht ausreichen. Ausserdem sind diese Förderungsmittel bisher nur zur Hälfte eingegangen.

Schon im jetzt laufenden Sommersemester sind Engpässe mit der Zuweisung der monatlichen Stipendien in Höhe von 150 oder 200 DM eingetreten. Für den Winter wird ein erheblicher Mehrbedarf erwartet. Der VDS will jetzt ausserdem eine Erhebung über die Erhöhung der Lebenshaltungskosten aufstellen, weil er die monatlich zu gewährenden Stipendien für nicht mehr ausreichend hält.

Noch bitterer für die deutsche Studentenschaft ist die Tatsache, dass der Bundeshaushalt das "Rhöndorfer Modell" mit keinem Pfennig berücksichtigt hat. Nach diesem Modell sollte eine Unterstützung der Studierenden an pädagogischen und berufspädagogischen Hochschulen, Ingenieur-Schulen sowie Kunst- und Musikhochschulen vorgenommen werden.

Es ist in Erhebungen festgestellt worden, dass die soziale Lage dieser Studierenden zum Teil noch schlechter ist als die der Universitäts-Studenten. Hinzu kommt, dass ja eine Förderung von einfachen Fachingenieuren und Volksschullehrern vordringlich ist. Wäre das "Rhöndorfer Modell" zum Zuge gekommen, hätte es auch nicht den Anrang dieser Studenten zu den Universitäten gegeben, wo man ja wenigstens die Chance hat, etwas vom "Honnefer Modell" zu erhalten. Dabei geht es in dieser Frage nur um ganze fünf Millionen DM aus Bundesmitteln und einen gleich hohen Betrag, den die Länder hätten aufbringen müssen.

+ + +